

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
27. HuFA 2014-2020
Sitzungsdatum:
05.03.2018

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 05.03.2018

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2017
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.06.2017 aus öffentlicher Sitzung
3. Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur
4. Neuwahl der Schiedsperson und stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk I und Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk II
5. Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 6. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 78 Im Kauert 6.vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 4. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 124 - Musikschule -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
9. Sanierung NW-Räume im Gymnasium - finanzielle Verpflichtungen für die Haushaltsjahre 2019, 2020 und 2021
10. Erneuerung des Rathausplatzes - Linienfindung
11. Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten

12. Anregung nach § 24 GO NRW vom 12.01.2018 betr. Zusammenlegung der Bauhöfe
13. Erweiterungen zur Tagesordnung
14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

15. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.06.2017 aus nichtöffentlicher Sitzung
16. Grundstücksangelegenheiten
 - 16.1 Veräußerung eines Grundstückes an der Theresienstraße
 - 16.2 Veräußerung einer Grundstücksteilfläche
 - 16.3 Veräußerung eines Grundstückes an der Schulstraße
19. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 19.1 Veräußerung einer Grundstücksteilfläche
17. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Verkauf der Beteiligung an IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gemeinnützige GmbH (IWW) an den Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW)
18. Vergleich mit der Carolus Magnus Centrum GmbH
20. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 20.1 Anregung nach § 24 GO NRW vom 12.01.2018 betr. Zusammenlegung der Bauhöfe
hier: Antragsteller

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Herbert Fibus	SPD	als Vertreter für den verstorbenen Stadtverordneten Schneider
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Herbert Görtz	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Junker
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Reißmayer
Herr Dietmar Lux	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Walther
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Hubert Wynands	CDU	als persönlicher Vertreter für Stadtverordneten Langa

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz

Herr Kämmerer Björn Beeck

Herr Stadtrechtsrat Marius Claßen

Herr Stadtinspektor Thomas de Jong

Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder

Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen

Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim

Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

bis Ende TOP 19.1 (18.20 Uhr)

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die Zuschauer.

Darüber hinaus begrüßte er Herrn Rechtsanwalt Jacob von der PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, der unter dem TOP Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters über den Gerichtstermin vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf am 28.02.2018 betr. des Wasserkonzessionsverfahrens berichten werde.

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, Tagesordnungspunkt 18 „Vergleich mit der Carolus Magnus Centrum GmbH“ von der Tagesordnung abzusetzen. Sie wolle einer Entscheidung der Gesellschafterversammlung der CMC GmbH nicht vorgreifen.

Die CDU-Fraktion erklärte, diesem Antrag nicht zuzustimmen, da es die richtige Reihenfolge sei, zunächst eine Entscheidung des Rates herbeizuführen.

Bürgermeister Jungnitsch ließ über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Antrag:

Der Tagesordnungspunkt 18 „Vergleich mit der Carolus Magnus Centrum GmbH“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

**5 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen**

Der Antrag wurde somit abgelehnt.

Weiterhin beantragte die SPD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 3 „Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur“ ohne Beratung und Beschlussempfehlung zur Entscheidung an den Rat zu verweisen, da ihr hier noch die bindende Rechtsgrundlage fehle.

Bürgermeister Jungnitsch ließ über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Antrag:

Der Tagesordnungspunkt 3 „Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur“ wird ohne Beratung und Beschlussempfehlung zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2017

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.11.2017 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.06.2017 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.06.2017 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung ohne Beratung und Beschlussempfehlung zur Entscheidung an den Rat verwiesen.

4. Neuwahl der Schiedsperson und stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk I und Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk II

Beschlussempfehlung:

Für den Schiedsamsbezirk I wird Herr Gerrit Heidenreich zum Schiedsmann und Herr Dieter Kalmbach zum stellvertretenden Schiedsmann gewählt.

Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Dieter Kalmbach zum Schiedsmann gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**5. Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 6. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Punkte 1 bis 26 der Abwägungstabelle unter Nummer 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt.)

**6. Bebauungsplan Nr. 78 Im Kauert 6.vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 6.vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 Im Kauert wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Punkte 1 bis 9 der Abwägungstabelle unter Nummer 2 wurde jeweils einzeln abgestimmt.)

**7. Bebauungsplan Nr. 90 - Bergarbeitersiedlung Boscheln - 4. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**

Beschlussempfehlung:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 90 Bergarbeitersiedlung Boscheln wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

(über die Punkte 1 bis 11 der Abwägungstabelle unter Nummer 2 wurde jeweils ein-

zeln abgestimmt.)

8. **Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB Nr. 124 - Musikschule -
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
-

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 124 – Musikschule – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.
2. Das Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 124 – Musikschule - wird beschlossen (das Plankonzept ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans Nr. 124 – Musikschule - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

9. **Sanierung NW-Räume im Gymnasium - finanzielle Verpflichtungen für die Haushaltsjahre 2019, 2020 und 2021**
-

Beschlussempfehlung:

Für das Jahr 2019 verpflichtet sich die Stadt Übach-Palenberg im konsumtiven Haushalt 747T € für die Sanierung der NW-Räume im Gymnasium bereit zu stellen.

Für das Jahr 2020 verpflichtet sich die Stadt Übach-Palenberg im konsumtiven Haushalt 708T € für die Sanierung der NW-Räume im Gymnasium bereit zu stellen.

Für das Jahr 2021 verpflichtet sich die Stadt Übach-Palenberg im konsumtiven Haushalt 609T € für die Sanierung der NW-Räume im Gymnasium bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10. Erneuerung des Rathausplatzes - Linienfindung

Die Koalition der Fraktionen aus CDU und FDP-USPD teilten mit, dass sie nach Besprechungen mit dem Aktionskreis Pro Übach und der Auswertung der von ihr gestarteten Internetumfrage zu dem Ergebnis gekommen sei, für folgendes weitere Vorgehen zu stimmen:

1. In der weiteren Planung der Erneuerung des Rathausplatzes soll die Hauptvariante 1 (Westtangente) weitergeplant werden.
2. Die Carolus-Magnus-Straße zukünftig im Einbahnverkehr zu führen, lehne sie ab.
3. Die Herderstraße soll nicht abgekoppelt werden.
4. In der weiteren Planung soll der Ansatz einer Parkraumregulierung weiterverfolgt werden. Eine Regulierung des Parkens soll mittels Parkraumbewirtschaftung/Kurzzeitparkzone stattfinden. Auch soll untersucht werden, ob ein Parken auf dem Rathausplatz zumindest zeitweise weiterhin möglich ist.

Die SPD-Fraktion verwies auf ihren Antrag aus der vergangenen BSO-Sitzung. Sie vertrete weiterhin die Auffassung, dass zunächst eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden sollte.

Die UWG-Fraktion erklärte, sie werde für die Weiterplanung der Westtangente stimmen und, nach Rücksprache mit den Geschäftsleuten vor Ort, gegen die Führung der Carolus-Magnus-Straße als Einbahnstraße. Über die zwei weiteren Punkte der vorliegenden Beschlussempfehlung sollte erst nach einer Beteiligung der Anwohner entschieden werden.

Beschlussempfehlung:

1. **Linienführung**
In der weiteren Planung der Erneuerung des Rathausplatzes soll die Hauptvariante 1 (Westtangente) weitergeplant werden.
2. **Einbahnstraßenführung der Carolus-Magnus-Straße**
In der weiteren Planung soll der Ansatz, zukünftig die Carolus-Magnus-Straße im Einbahnverkehr zu führen, weiter verfolgt werden. Die Fahrtrichtung wird vom Rathausplatz in Richtung Carlsplatz geplant.
3. **Verkehrliche Anbindung der Herderstraße**
In der weiteren Planung soll der Ansatz der Abkopplung der Herderstraße vom Rathausplatz weiter verfolgt werden.
4. **Parkraumbewirtschaftung**
In der weiteren Planung soll der Ansatz einer Parkraumregulierung weiterverfolgt werden. Eine Regulierung des Parkens soll mittels Parkraumbewirtschaftung/Kurzzeitparkzone stattfinden. Auch soll untersucht werden, ob ein Parken auf dem Rathausplatz zumindest zeitweise weiterhin möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen

zu 2:

**1 Ja-Stimme
4 Enthaltungen
10 Nein-Stimmen**

zu 3:

Einstimmig bei 6 Enthaltungen

zu 4:

Einstimmig bei 6 Enthaltungen

11. Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. auf Übernahme von Investitionskosten in Höhe von 93.000 € wird abgelehnt (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12. Anregung nach § 24 GO NRW vom 12.01.2018 betr. Zusammenlegung der Bauhöfe

Seitens der Verwaltung wurde auf die regelmäßigen Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) verwiesen und vorgeschlagen, die Anregung bei der nächsten Prüfung der GPA zur Bewertung mitzugeben.

Fraktionsübergreifend wurde sich für das von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehen ausgesprochen.

13. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

14. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch verlas eine Stellungnahme zum Zeitungsartikel betr. die Blumenwiese am Carolus-Magnus-Gymnasium. Die Stellungnahme ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Herr Rechtsanwalt Jacob von PWC berichtete umfassend über die mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf am 28.02.2018 im Berufungsverfahren gegen das Urteil des Landgerichts Köln im einstweiligen Rechtsschutz hinsichtlich des Wasserkonzessionsverfahrens der Stadt. Das OLG habe deutlich gemacht, dass das durch die Stadt und ihre Rechtsberater durchgeführte Verfahren entgegen der Ansicht des LG sehr wohl transparent und diskriminierungsfrei war. Kritisch habe das OLG nur den Vortrag der Stadt vor dem Hintergrund der sogenannten sekundären Darlegungslast im Rahmen des gerichtlichen Nachprüfungsverfahrens gesehen. Sollte es wegen dieses Punktes zu einer Zurückweisung der Berufung der Stadt kommen, werde nach seiner Auffassung aufgrund der Ausführungen des Gerichts keine Wiederholung des gesamten Wasserkonzessionsverfahrens, sondern höchstens eine neue Auswertung der vorliegenden Angebote erforderlich sein. Das OLG habe als Termin für die Verkündung der Entscheidung den 28. März 2018 beschlossen.

Anfragen

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wurden die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung am 27.02.2018 betr. der angedachten Maßnahmen gegen das Insektensterben begrüßt. Sie rege jedoch an, auch die Schulen und Kindergärten und deren Ideen zu diesem Thema einzubinden und bat insoweit, die Angelegenheit unter diesem Aspekt erneut im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung zu behandeln.

Vor dem Hintergrund der Einbindung der Schulen und Kindergärten wurde sich fraktionsübergreifend darauf verständigt, die Angelegenheit sowohl im Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung als auch im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales behandeln zu wollen.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 18 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.30 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin